



Neujahrsempfang 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

das war das Blasorchester Paulinum unter der Leitung von Herrn Alfred Holtmann. Vielen Dank!

Ich freue mich, dass Sie alle heute zum Neujahrsempfang 2020 gekommen sind!

Ich freue mich über die Gäste aus dem Deutschen Bundestag sowie aus dem nordrhein-westfälischen Landtag. Ihnen und auch den Mitgliedern des Regionalrates sowie den Vertretern/innen der Landschaftsversammlung des LWL ein herzliches Willkommen. Einen herzlichen Willkommensgruß richte ich ebenfalls an die Repräsentanten der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und ich begrüße ganz herzlich unsere ausländischen Gäste und die Vertreter des Militärs.

Ebenso freue ich mich über die zahlreichen Gäste der kommunalen Familie, darunter der Landesdirektor, die RVR-Direktorin, die Oberbürgermeister, die Landräte, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus unserem Regierungsbezirk.

Ich begrüße die Vertreter der Kath. Kirche, der Ev. Kirche von Westfalen, der jüdischen Gemeinden und des syrisch-orthodoxen Kirchenkreises.

Ich freue mich über die Gäste aus Wissenschaft und Forschung und begrüße vor allem die Vertreter der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, der Fachhochschule Münster, der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen und der Hochschule Ruhr West.

Ich freue mich über die Anwesenheit der Polizeipräsidentin von Recklinghausen.

Besonders begrüßen möchte ich auch die Vertreter der Wirtschaft, der Banken und Sparkassen, der Industrie- und Handelskammer Nordwestfalen, der Handwerkskammer, der Westdeutschen Lotterie

09.01.2020

Seite 1/14

Regierungspräsidentin

Dorothee Feller

Telefon 0251/411-1000

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

Telefon: 0251/411- 0

Telefax: 0251/411- 82525

www.brms.nrw.de

twitter/instagram:

@bezregmuenster

_für die Region



sowie die Vertreter vom Münsterland eV und der EUREGIO.
Ebenfalls begrüße ich die Vertreter des Deutschen
Gewerkschaftsbundes und die Vertreter unserer Personalräte. Ich
begrüße die Vertreter des Westfälisch-Lippischen
Landwirtschaftsverbandes und der Landwirtschaftskammer.

Mich freut das große Interesse der Medienvertreter und ich bedanke
mich für die umfassende Berichterstattung über die Arbeit der
Bezirksregierung im vergangenen Jahr.

Ich freue mich über alle Gäste und wünsche Ihnen allen, Ihren
Familien und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gutes, vor
allem gesundes und friedvolles Jahr 2020!

Seit nunmehr neun Jahren gibt die Deutsche Post jedes Jahr den
sogenannten „Glücksatlas“ heraus; die wissenschaftliche Studie
untersucht seit dieser Zeit das Glücksniveau der Bundesbürger und
Bundesbürgerinnen. Nach dem Ergebnis der aktuellen Studie für das
Jahr 2019 waren die Deutschen allgemein so zufrieden wie noch nie:
Die individuelle Lebenszufriedenheit in Deutschland stieg aktuell auf
den Wert von 7,14 Punkten auf einer Skala von 1 bis 10 Punkten.

Für Nordrhein-Westfalen zeigten sich verschiedene
Zufriedenheitspunkte: Während die Rheinländer dem
gesamtdeutschen Wert an Lebenszufriedenheit am nächsten
kommen, bleiben die Westfalen mit dem Platz 13 im regionalen
Vergleich westdeutsches Schlusslicht. Ich glaube jedoch, dieses
spezielle Westfalen-Ergebnis liegt eher an der westfälischen
Bescheidenheit, nämlich die Zufriedenheit eher für sich zu behalten
und damit nicht zu prahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
der gute Zufriedenheitswert ist eine gute Grundlage für die
Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen in unserem
Land, die zweifelsohne bestehen, wie zum Beispiel der
Strukturwandel in der Automobilindustrie, die Kurzarbeit, der
Kohleausstieg und vieles mehr. Dennoch können wir meines
Erachtens mit Zuversicht uns diesen Herausforderungen stellen.

Am 8. Mai dieses Jahres gedenken wir dem Ende des 2. Weltkrieges
und der Befreiung von dem menschenverachtenden
Nationalsozialismus; wir gedenken den Tag, an dem „erst“ vor 75



Jahren der Krieg in Deutschland und der Welt endete. Ein Krieg, der von Deutschland ausging und uns noch heute mit tiefer Scham erfüllt. Ein schrecklicher Weltkrieg mit Millionen von toten Soldaten und Zivilisten, mit Millionen aus ihrer Heimat Vertriebenen, mit einem grausamen Völkermord an unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie Sinti und Roma und vielen weiteren Opfern. Im Jahre 1945 lag Deutschland am Boden: architektonisch, politisch, ökonomisch und vor allem moralisch.

Umso erstaunlicher, dass Deutschland trotz des unendlichen Leids, welches es über andere Ländern gebracht hat, von den europäischen Nachbarn und Ländern außerhalb Europas aufgefangen wurde. Diese Bereitschaft unserer Nachbarn zur Versöhnung ist in der Geschichte beispieslos; unsere Großeltern, teilweise sogar noch unsere Eltern haben den Krieg erlebt. Menschen, die im Krieg geboren wurden, sind heute erst rüstige 75 oder 76 Jahre alt. Welches Glück ist uns beschieden, seit nunmehr 75 Jahren in Frieden leben zu können?!

Und was haben wir Deutsche in diesen letzten 75 Jahren nicht alles geschaffen? Ohne jemals unsere Geschichte zu vergessen, dürfen wir zufrieden darauf schauen: Deutschland lag am Boden und ist heute ein reiches Land. Ein friedfertiges Land, vernetzt und respektiert in der ganzen Welt. Daraus sollten wir Kraft und Zuversicht schöpfen, auch die aktuellen Zukunftsthemen meistern zu können.

Und wir haben uns vor 70 Jahren eine Verfassung, ein Grundgesetz gegeben, um das uns viele Nationen beneiden. Die Mehrzahl der Mitglieder des damaligen Parlamentarischen Rates waren bei der Erarbeitung von den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gezeichnet. Für den neuen Staat, für den sie das Grundgesetz schrieben, sollte als oberstes Gebot gelten: Nie wieder sollte es in Deutschland möglich sein, Menschen im Namen des Staates zu demütigen, zu foltern oder zu ermorden. Der Parlamentarische Rat fasste dies in dem schönen und ausdrucksstarken Satz zusammen:
„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Und er stellte die Grund- und Freiheitsrechte an den Anfang der Verfassung, als verbindliche und vom Einzelnen einklagbare Rechte. Das ist mit das wunderbarste an unserem Grundgesetz: Es sichert



uns unsere Freiheit – die Freiheit zur eigenen Meinung und zum eigenen Lebensentwurf. Auch die Freiheit, zu hinterfragen, selbst die Mächtigsten zu kritisieren und mitzureden, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht.

Jedoch Freiheit braucht auch Regeln. Das Grundgesetz setzt dafür den Rahmen und legt fest, was für unsere Demokratie unantastbar ist. Für unsere Debatten lässt sich das in zwei Begriffen zusammenfassen: Anstand und Vernunft bzw. Verantwortung. Ohne Anstand und Verantwortung gelingt keine demokratische Debatte! Wenn wir wollen, dass die Menschen in unserem Land weiterhin zufrieden leben, wenn wir unsere Zukunft positiv gestalten wollen, dann brauchen wir meines Erachtens zweierlei: Vertrauen in die, die für uns Verantwortung tragen, und die Bereitschaft, selber Verantwortung zu übernehmen.

Und wie wichtig in unserer repräsentativen Demokratie die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung ist, zeigt sich gerade vor Ort in unseren Kommunen, in den kleinen und großen Städten, in unseren Dörfern sowie in unseren Kreisen.

Die Kommunen sind nicht nur die Wiege, sondern auch der Hafen der Demokratie. Nirgendwo sonst bekommen die Bürgerinnen und Bürger die demokratischen Entscheidungen so hautnah mit, wie in den Kommunen. Nirgendwo sonst können die Bürger und Bürgerinnen spüren, welche Auswirkungen es hat, wenn sie sich selbst in die Entscheidungen vor Ort mit einbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
in diesem Jahr finden im September in unserem Bundesland Kommunalwahlen statt. Viele von Ihnen werden aus verschiedenen Gründen nicht mehr zur Wiederwahl antreten und sind heute das letzte Mal in Ihrer Funktion bei diesem Empfang. Einige von Ihnen haben sich zur Wiederwahl entschlossen; aus vielen Gesprächen weiß ich jedoch, dass weder die eine noch die andere Entscheidung einfach war. Die Gründe dafür lagen weniger daran, dass Ihre Tage oft lang und Ihre Wochenenden oft kurz sind; die Hauptgründe, die viele von Ihnen ins Grübeln gebracht haben, sind eher die Umstände, dass die vorhin noch beschriebenen Regeln von Anstand und Vernunft leider oftmals vor Ort scheinbar verloren gegangen sind. Die Kritik wird allzu oft nicht mehr sachlich, sondern persönlich verletzend vorgetragen und leider auf Ihre Familienmitglieder ausgedehnt. Fake



News gewinnen über die Wahrheit immer mehr die Oberhand. Hate Speech gibt es nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch bei Ihnen vor Ort.

Solchen Umgangsformen müssen wir alle als überzeugte Demokratinnen und Demokraten entschieden entgegentreten; denn sie halten letztlich engagierte Bürgerinnen und Bürger davon ab, bereitwillig Verantwortung für unsere Gesellschaft zu übernehmen und schaden damit unserer Demokratie.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dazu in seiner Eröffnungsrede bei der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund im letzten Jahr ausgeführt:
„Unsere repräsentative Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger. Sie braucht Engagierte in kommunalen Ämtern, in Parlamenten und Ausschüssen. Sie braucht Menschen, die bereit sind, sich um mehr zu kümmern als nur um sich selbst. Und die, die es tun, brauchen nicht tägliche Besserwisserei und Beschimpfung – sie brauchen Anerkennung für die Arbeit, die Verantwortung, die sie im Haupt- und im Ehrenamt übernehmen.“

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, liebe Landräte, ich danke Ihnen und Ihren Rats- und Kreistagsmitgliedern für die geleistete Arbeit in der zu Ende gehenden Wahlperiode und bringe Ihnen meinen Respekt für Ihre Arbeit, Ihre Geduld und Ihr Engagement zum Ausdruck. Sie sind eine wichtige Säule unserer Demokratie und damit unserer Gesellschaft! Für den bevorstehenden Wahlkampf wünsche ich Ihnen Fairness und viel Kraft!

Erfolgreiche Kommunalpolitik benötigt jedoch neben engagierten Bürgerinnen und Bürgern ebenso ausreichende Ressourcen. Seit 2011 befinden sich unsere Kommunen in der Emscher-Lippe-Region im sogenannten „Stärkungspakt“, der nun 2020/2021 auslaufen wird. Durch die Konsolidierungsbemühungen der Städte, die für die Kommunen eine große Kraftanstrengung waren, und durch die im Gegenzug gewährten Konsolidierungshilfen des Landes sind beachtliche Haushaltskonsolidierungen geschaffen worden. Alle unsere Städte haben es geschafft, zu dem gesetzlich vorgeschriebenen Zeitpunkt ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Gleichwohl wissen wir, dass die günstigen Rahmenbedingungen, wie die anhaltend niedrigen Zinsen und die gute Konjunktur ihren Teil mit dazu beigetragen haben. Beides greift ineinander. Wir als



Bezirksregierung erkennen die harten Sparbemühungen der Stärkungspaktkommunen in den letzten Jahren sehr an! Jedoch hat der Stärkungspakt es in den letzten Jahren nicht geschafft, dass die Kommunen gleichzeitig ihre Altschulden abbauen konnten. Daher ist es für die Nachhaltigkeit der geleisteten Sparbemühungen durch die Kommunen sehr wichtig, dass bis zum Ende des Stärkungspaktes 2020 eine Lösung für die Altschulden der betroffenen Kommunen gefunden wird. Die Lösung der Altschuldenproblematik als Facette des Ziels zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein Vorhaben, das nur gelingen kann, wenn alle zusammenarbeiten und ihren Teil dazu beitragen: der Bund, die Länder und die Kommunen.

Wenn wir – wie eben ausgeführt – wissen, wie wichtig das Funktionieren der kommunalen Verwaltungen und der kommunalen Politik für unsere Demokratie insgesamt ist, dann ist es in unser aller Interesse, dass alle Kommunen finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben, vor allem die Auftragsangelegenheiten, gut und mit qualifizierten Personal wahrnehmen können. Zudem werden wir junge Menschen nur für ehrenamtliche Tätigkeiten im Rat gewinnen, wenn sie dort gestalten können und nicht nur Sparmaßnahmen umsetzen müssen.

Wenn wir den Blick auf unsere Münsterlandkommunen richten, ergeben sich hier teils überschneidende, teils jedoch andere Herausforderungen.

Dies zeigt sich schon allein an der Größe der Kommunen: Während 39% der 66 Kommunen des Münsterlandes eine Einwohnergröße von bis zu 25.000 Einwohner haben, gibt es in der Emscher-Lippe-Region keine Kommune in dieser „geringen“ Größenordnung. Das Verhältnis von Kommunen mit einer Einwohnerzahl bis 50.000 und einer Einwohnerzahl über 50.000 liegt im Münsterland bei 65% zu 35%; in der Emscher-Lippe-Region hingegen bei 13% mit Einwohnern bis zu 50.000 zu 86% mit Einwohnern über 50.000. Demzufolge finden wir in den Kommunen des Münsterlandes eher kleine Verwaltungseinheiten vor, für die die Bewältigung der aktuellen Themen wie Digitalisierung, E-Government, Energiewende, Mobilität oder Klimaanpassung ganz andere Herausforderungen darstellen, als Kommunen mit größeren Verwaltungseinheiten. Daher haben wir im September letzten Jahres zusammen mit den Bezirksregierungen Arnsberg und Detmold sowie der



Fachhochschule Münster eine Zukunftsmesse für kleine Kommunen bis zu 20.000 Einwohner und Einwohnerinnen aus ganz Westfalen durchgeführt. Neben der Diskussion über Themen wie E-Government, Digitalisierung und Demographie haben verschiedene Start-ups kleinere digitale-Lösungen für Verwaltungstätigkeiten vorgestellt. Auf der Zukunftsmesse sowie in einem Nachgespräch mit den eingeladenen kleinen Kommunen unseres Regierungsbezirks hat sich bestätigt, dass die fehlenden Personalressourcen für die Bewältigung dieser zukunftsgerichteten Themen eine der größten Herausforderungen ist. Kleinen Kommunen fehlt entweder die Möglichkeit, vorübergehend eine Person für die Entwicklung eines Zukunfts-Projektes frei zu stellen; oder die Personaldecke ist oft so knapp bemessen, dass bei einem krankheitsbedingten längerfristigen Ausfall einer Person kaum noch eine Vertretungsregelung geschaffen werden kann, da die vielen Aufgaben „eh“ schon auf wenigen Schultern verteilt sind. Die Kommunen wünschen sich daher für den Bezirk eine Art Personalpool, aus dem sie vorübergehend Personal ausleihen können.

Wir werden uns als Bezirksregierung Münster dieses Wunsches der kleinen Kommunen annehmen und in diesen Wochen prüfen, wie wir einen Personalpool mit ehemaligen, erst kürzlich in den Ruhestand getretenen Beigeordneten, Kämmerern/innen, Planungsdezernenten/-innen, vielleicht auch Bürgermeister/-innen aufbauen können. Für Anregungen sind wir offen und dankbar.

Auf Wunsch der Kommunen werden wir auch in diesem Jahr eine Zukunftsmesse durchführen. Denn gerade unsere kleinen Kommunen geben dem Münsterland nicht nur sein ländlich-urbanes Gepräge, sondern haben sich auch zu Schwerpunkten unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft entwickelt.

Die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse auf der Bundesebene hat die ländliche Entwicklung mehr in den Fokus gerückt und darauf aufmerksam gemacht, dass objektiv betrachtet nicht die großen Städte, sondern die ländlich-urbanen Räume darüber entscheiden, ob die Zukunftsthemen wie Digitalisierung oder Klimaanpassung erfolgreich sein werden. Diese Zukunftsthemen beinhalten für die Kommunen viele Umbrüche; zugleich bieten sie jedoch gerade unseren ländlich-urban geprägten Kommunen neue Chancen und Perspektiven. Wenn in unserem ländlich-urbanen Raum die Voraussetzungen in der Form von guter Breitbandanbindung und 5G-Netzen stimmen, dann können sich auch



dort Start-Ups oder Co-Working-Spaces ansiedeln und für „frischen Wind“ in den Kommunen sorgen. Davon könnte zudem der Mittelstand vor Ort profitieren.

Somit ist eine gute Begleitung unserer ländlich-urbanen Kommunen auf den Weg in die Zukunft eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer ganzen Region.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wie in den vergangenen Jahren so haben wir uns als Bezirksregierung Münster auch für dieses Jahr ein Schwerpunktthema vorgenommen; es lautet:
„Ressourcen.Verantwortung“.

Dazu passt es gut, dass wir in diesem Jahr das Thema „Wasserstoff“ als alternativen Energieträger vor allem in der Emscher-Lippe-Region, gerne jedoch auch im ganzen Bezirk weiter vorantreiben wollen.

Im Oktober 2019 haben wir in der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen unseren Emscher-Lippe-Gipfel durchgeführt, den Herr Ministerpräsident Laschet durch eine Rede mit eröffnet hat und somit deutlich gemacht hat, dass auch er als Ministerpräsident einen differenzierten Blick auf das Ruhrgebiet hat.

Ein Thema des Emscher-Lippe-Gipfels war das Thema Wasserstoff für Industrie und für Nutzfahrzeuge. Dieses Thema ist sowohl bei Industrieunternehmen als potentieller Nutzer von Wasserstoff als auch bei Industrieunternehmen als potentieller Anbieter von Wasserstoff auf großes Interesse gestoßen, zumal die Emscher-Lippe-Region besonders durch ihr weit verzweigtes Gasnetzwerk gute Voraussetzungen bietet. Abgerundet wurde der Gipfel unter anderem durch einen Gastbeitrag des Reichsbeauftragten für Wasserstoff der Niederlande.

Der Emscher-Lippe-Gipfel kann insgesamt auch deswegen als erfolgreicher Start in dieses und auch andere Themen eingestuft werden, da er eine echte Gemeinschaftsproduktion mit den Akteuren vor Ort wie die Westfälische Hochschule, der IHK Nordwestfalen, DGB, H2-Zentrum, WIN-Emscher-Lippe-GmbH und vielen weiteren unter der Moderation der Bezirksregierung Münster war. Dies zeigt einmal mehr, dass durch die Einbindung unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Blickwinkel aus einer Region Themen



angegangen und umgesetzt werden können. In dieser engen Zusammenarbeit wollen wir das Thema in den nächsten Monaten weiter vorantreiben, wozu wir unter anderem eine „Working-Group Wasserstoff“ unter gemeinsamer Leitung von Herrn Dr. Jaeckel, Hauptgeschäftsführer der IHK Nordwestfalen, und mir gebildet haben. Eine weitere wichtige Ressource für uns alle ist die Fläche; Fläche ist ein knappes, endliches Gut, nicht vermehrbar und deshalb sehr kostbar.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch in Deutschland bis 2030 auf unter 30 ha pro Tag zu verringern – aktuell werden 58 ha pro Tag bundesweit verbraucht, 10 ha pro Tag in NRW. Aus diesem Grunde muss verantwortungsbewusst abgewogen werden, wie und wofür Fläche zukünftig in Anspruch genommen werden soll:

- Fläche wird benötigt für Wohnbau- und für Gewerbeentwicklungen, für Verkehrsflächen und Leitungstrassen aller Art.
- In aller Regel erfordern diese Maßnahmen wiederum Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.
- Betroffen von diesem enormen Flächenbedarf ist oftmals die Landwirtschaft, die selbst existenziell auf ausreichende Flächen angewiesen ist.
- Natürlich müssen auch Freiraumstrukturen, Naturräume, wertvolle Biotope und Wälder geschützt werden und
- ebenso brauchen wir Flächen für die Abmilderung des Klimawandels, wie zum Beispiel Frischluftschneisen oder Retentionsräume für den Hochwasserschutz.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend und soll lediglich den Eindruck vermitteln, wie unterschiedlich und gegensätzlich die Ansprüche an den Raum sind.

In einem „Flächensymposium“ am 17. März dieses Jahres hier im Foyer wollen wir vertieft aufzeigen, woraus diese unterschiedlichen Ansprüche resultieren und dass jeder dieser Ansprüche durchaus seine Berechtigung hat. Vertreter und Vertreterinnen aus der Landwirtschaft, der Wirtschaft, dem Naturschutz sowie dem Wohnungsbau werden jeweils ihre Sicht auf die Nutzung von Fläche darstellen und für Gespräche zur Verfügung stehen. Prof. Dr. Danielzyk von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover wird zuvor einen Einführungsvortrag halten.



In dem Symposium wird sicherlich deutlich werden, dass sich gerade in den letzten Jahren die Konkurrenz um das Gut Fläche enorm verschärft hat, was sich zuletzt in steigenden Preisen niederschlägt. Die Folgen dieser Entwicklung bekommen die Kommunen besonders drastisch bei der Ausweisung von Bauland zu spüren:
Mit Hilfe eines Flächenmonitorings haben wir einen guten Überblick über die Situation in den Kommunen. Aktuell verfügen die 66 Münsterlandkommunen insgesamt noch über knapp 4.500 ha an Fläche, die planerisch für Siedlungsentwicklung in den Flächennutzungsplänen vorgesehen sind.

Dennoch ist Bauland offensichtlich rar, denn auch wenn planerisch Flächen in ausreichendem Maße vorhanden sind, sind sie damit noch nicht für konkrete Bauvorhaben mobilisierbar. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- Aufgrund der aktuellen Kapitalmarktsituation mit extrem niedrigen Zinsen sind viele Grundstückseigentümer schlicht nicht bereit zu verkaufen.
- Hinzu kommt, dass Landwirte Flächen oft nur im Tausch gegen andere landwirtschaftliche Flächen anbieten.
- Durch das knappe Angebot steigen die Grundstücks-, Miet- und Pachtpreise.

Es ist unsere Aufgabe als Bezirksregierung Münster, mit Hilfe unserer Regionalplanung, diese divergierenden Interessen zu einem akzeptablen Ausgleich zu bringen. Der Regionalplan hat die Aufgabe, die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Münsterlandes festzulegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
auch wenn der Regionalplan dem Grunde nach schon eine lange Tradition hat, so ist es kein verstaubtes Instrumentarium, sondern es ist das zentrale Planwerk für unsere Region.

Wir werden in den nächsten 2 Jahren den aktuellen Regionalplan für das Münsterland überarbeiten und wollen dabei zum Teil ganz neue Wege beschreiten. Ich kann daher an unsere Kommunen, Kreise, Verbände und Kammern nur appellieren, sich ab jetzt aktiv in die Überarbeitung des Plans mit einzubringen.

Der Regionalplan ist ein Steuerungsinstrument; viele Weichen zur Lösung von Zukunftsthemen werden im Regionalplan festgelegt.



So wollen wir zum Beispiel für die Ausweisung von Siedlungsentwicklungsflächen für die Kommunen ein neues Modell entwickeln, das Ihnen vor Ort einerseits mehr Spielraum gibt, andererseits jedoch dem Freiraumschutz Genüge trägt. Zudem bietet unseres Erachtens die Überarbeitung des Regionalplans auch die Möglichkeit, die Grundgedanken des Mobilen Münsterlandes durch eine Steuerung im Regionalplan zu unterstützen, indem wir zum Beispiel an Haltepunkten für die Bahn Siedlungsflächen ausweisen und so die Nutzung vom öffentlichen Personennahverkehr attraktiver gestalten.

Ebenso könnten wir in einem offenen und vertrauensvollen Austausch mit den Kommunen prüfen, ob die Ausweisung von Siedlungsflächen immer nur gemeindegrenzförmig passieren muss oder ob wir nicht durch eine bewusste und abgestimmte Steuerung Wohnsiedlung in kleinere Kommunen lenken. Die Stadt Münster hat zum Beispiel vor einigen Jahren im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbes überlegt, Flächenansprüche im räumlichen Verbund mit ihren Nachbarkommunen zu organisieren. Bietet es sich nicht jetzt im Rahmen der Regionalplanung an, in guten Gesprächen, in denen die kommunale Planungshoheit nie außer Acht gelassen wird, Teile des Wohnbedarfes auch außerhalb von Münster, in den benachbarten Kommunen oder auch weiter weg zu bedienen, wenn die Voraussetzungen stimmen?

Wir wollen keine Kommune in Ihren Ansprüchen beschneiden; wir wollen jedoch dafür werben, die Bedeutung der Regionalplanung und die Chancen, die in der Überarbeitung jetzt liegen, zu erkennen und zu nutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema „Ressourcen.Verantwortung“ ist in unserer Region eng verbunden mit dem Thema „Landwirtschaft“. Daher freue ich mich, dass heute – zum ersten Mal auch die Vorsitzenden der Kreisverbände des Westfälisch-Lippischen-Landwirtschaftsverbandes da sind. Ich habe Sie in diesem Jahr ganz bewusst eingeladen.

Wir alle haben in den Tagen bzw. Wochen vor Weihnachten die vielen Demonstrationen von Bäuerinnen und Bauern wahrgenommen, nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auch in den Niederlanden. Ich kann mich an solch große Demonstrationen von Bäuerinnen und Bauern in den letzten Jahren nicht erinnern.



Wenn Sie sich mit Bäuerinnen und Bauern, vor allem mit den jungen Meisterinnen und Meistern, die gerade Mitte zwanzig sind, unterhalten, so hören sie aus diesen Gesprächen viel Enttäuschung und Zukunftsängste heraus. Die Bäuerinnen und Bauern haben das Gefühl, dass sie nun für vieles, was den Zustand der Natur und des Wassers verschlechtert hat, pauschal verantwortlich gemacht werden.

Ja, wir müssen über die Nitratbelastung im Boden beziehungsweise im Wasser reden und nicht nur reden, sondern auch handeln. Ja, wir müssen den Dialog führen, wie Tiere bei uns auf Dauer gehalten werden sollen. Und ja, wir müssen uns auch über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln austauschen.

Wofür ich jedoch kein Verständnis habe ist, wenn dies undifferenziert sowie über die Köpfe der Bäuerinnen und Bauern hinweg passiert. Ich sage nicht, dass in der Vergangenheit in der Landwirtschaft alles richtig gelaufen ist. Jedoch dürfen wir dabei weder die Rolle von einem Großteil der Verbraucher und Verbraucherinnen ausblenden noch das die finanziellen Mittel für den Aufwand von Lebensmittel für manche Bevölkerungsschichten schlichtweg begrenzt sind. Zudem können wir tragbare Lösungen nur mit den Bäuerinnen und Bauern finden und daher gehören sie bei der Suche nach Lösungen mit an den Tisch. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die Wiesen und Felder geben unserer Region ein ganz besonderes Gepräge. Allein deswegen sollten wir alle ein Interesse daran haben, das uns eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft in der Region erhalten bleibt.

Dazu gehört auch, dass in den Schulen den Schülerinnen und Schülern ein realistisches Bild von der Landwirtschaft vermittelt wird. Uns als Bezirksregierung Münster ist eine sachlich und fachlich korrekte Erarbeitung landwirtschaftlicher Themen im Unterricht sowie die Vermeidung einer einseitigen Lenkung bei der Urteilsbildung an unseren Schulen wichtig. Die vorhandenen Lehrwerke erfüllen aus unterschiedlichen Gründen diesen Anspruch im Bereich der Landwirtschaft leider nicht durchgehend. Daher haben wir mit der Unterstützung vieler unterschiedlicher Akteure die Erstellung einer Broschüre initiiert, in der eine aktualisierte, objektive Darstellung der Landwirtschaft enthalten ist und die im Unterricht eingesetzt werden kann. Wir wollen damit einen Beitrag leisten, dass Kinder sich frühzeitig mit nachhaltigen Entwicklungen auseinandersetzen.



Meine sehr geehrten Damen und Herren,
lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein Thema eingehen, was uns
in der Behörde, vor allem Herrn Regierungsvizepräsidenten
Dr. Scheipers und mich sehr bewegt.

Unsere Behörde ist unter anderem Genehmigungsbehörde für große
Industrieanlagen. Mit unseren Genehmigungen ermöglichen wir hohe
Investitionssummen in die Region. Insgesamt haben wir allein mit
unseren Immissionsschutzgenehmigungen im Jahre 2019 den Weg
für knapp 600 Mio. Euro Investitionen im Regierungsbezirk
freigemacht und somit Arbeitsplätze in der Region gesichert

Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz oder
nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz können sich auf
Industrieanlagen beziehen wie zum Beispiel im Bereich der Chemie,
der Raffinerie, der Kokerei oder der Deponien. Es handelt sich um
technisch hoch komplexe Anlagen, die sowohl auf der
Unternehmerseite wie auch bei uns in den Genehmigungsbehörden
hochqualifiziertes Personal verlangen, die sich stetig fortbilden, um
auf den Stand der Technik zu bleiben.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sich der Bedeutung ihrer
Entscheidungen bewusst, sowohl hinsichtlich der Bedeutung der
Entscheidung für den Unternehmer und damit für den
Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen als auch der Bedeutung der
Entscheidung für die Umwelt, vor allem für die Gesundheit der
Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger können von
uns zurecht erwarten, dass wir auf die Einhaltung gesetzlicher
Vorschriften achten. Und natürlich haben die Bürgerinnen und Bürger
das Recht, uns kritische Fragen zu stellen und unsere
Entscheidungen kritisch zu hinterfragen. Ebenso kann ich
nachvollziehen, dass es manch einem Bürger schwerfällt, zu
akzeptieren, dass es zwar einen Anspruch auf die Einhaltung von
Grenzwerten gibt, dass dies jedoch nicht bedeutet, dass es gar keine
Immissionen gibt.

Wenn jedoch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Arbeit in einer
Art und Weise beschimpft werden, dass diese schon nicht mehr
bereit sind, ihren Namen auf Bescheiden anzugeben, wenn
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Strafanzeigen regelrecht
überzogen werden und gefordert wird, dass ihnen ein politischer
Kontrollausschuss zur Seite gestellt wird, dann ist für Herrn



Dr. Scheipers und für mich die Grenze des Tolerierbaren überschritten. Mit solchen Verhaltensweisen wird der Aufbau unseres Rechtsstaates in Frage gestellt. Genau, wie es für die Entwicklung unseres Staates gefährlich ist, wenn das Vertrauen in unsere Repräsentanten und Repräsentantinnen verloren geht, ist es ebenso brisant, wenn den Verwaltungen nur noch misstraut wird und sie sich Beschimpfungen im nicht akzeptablen Maße aussetzen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in welcher Tonlage wir in diesem Land debattieren, mit welchen Wörtern wir in dieser Gesellschaft Gespräche führen, das ist etwas, auf das jede und jeder von uns Einfluss hat. Wir alle prägen das Debattenklima in unserem Land! Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat anlässlich des Anschlages von Halle deutlich darauf hingewiesen: „Jede und jeder von uns kann und muss Sorge tragen für den politischen Streit um sich herum, im sozialen Netzwerk, im Betrieb, in der Kneipe und am eigenen Abendbrottisch. (...) Die Aufkündigung des demokratischen Konsenses erfolgt nicht auf einen Schlag. Sondern sie erfolgt sukzessive, durch viele kleine Nadelstiche: hier eine Herabsetzung des Gegenübers, dort eine Verächtlichmachung des politischen Systems und so geht es weiter.“

Seien wir daher alle wachsam und zeigen wir den Mitbürgerinnen und Mitbürgern die rote Karte, wenn die Regeln des Anstandes überschritten werden. Lassen Sie unsere Kommunikation immer auf der Grundlage von Wertschätzung und Respekt erfolgen.

An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei den kulturellen Einrichtungen unseres Regierungsbezirks, allen voran beim Musiktheater im Revier in Gelsenkirchen, beim Wolfgang-Borchert-Theater in Münster, beim Westfälischen Landestheater mit Sitz in Castrop-Rauxel und dem Theater Münster, die sich auf unterschiedlichster Art und Weise dieses Themas angenommen haben und uns wachrütteln. Es ist unerlässlich, dass Sie uns auch weiterhin den Spiegel vorhalten und uns ermahnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns allen Fairness, Respekt, Dank und Anerkennung im neuen Jahr und ich freue mich auf viele interessante und schöne Begegnungen mit Ihnen!

Auf ein gutes Jahr 2020!